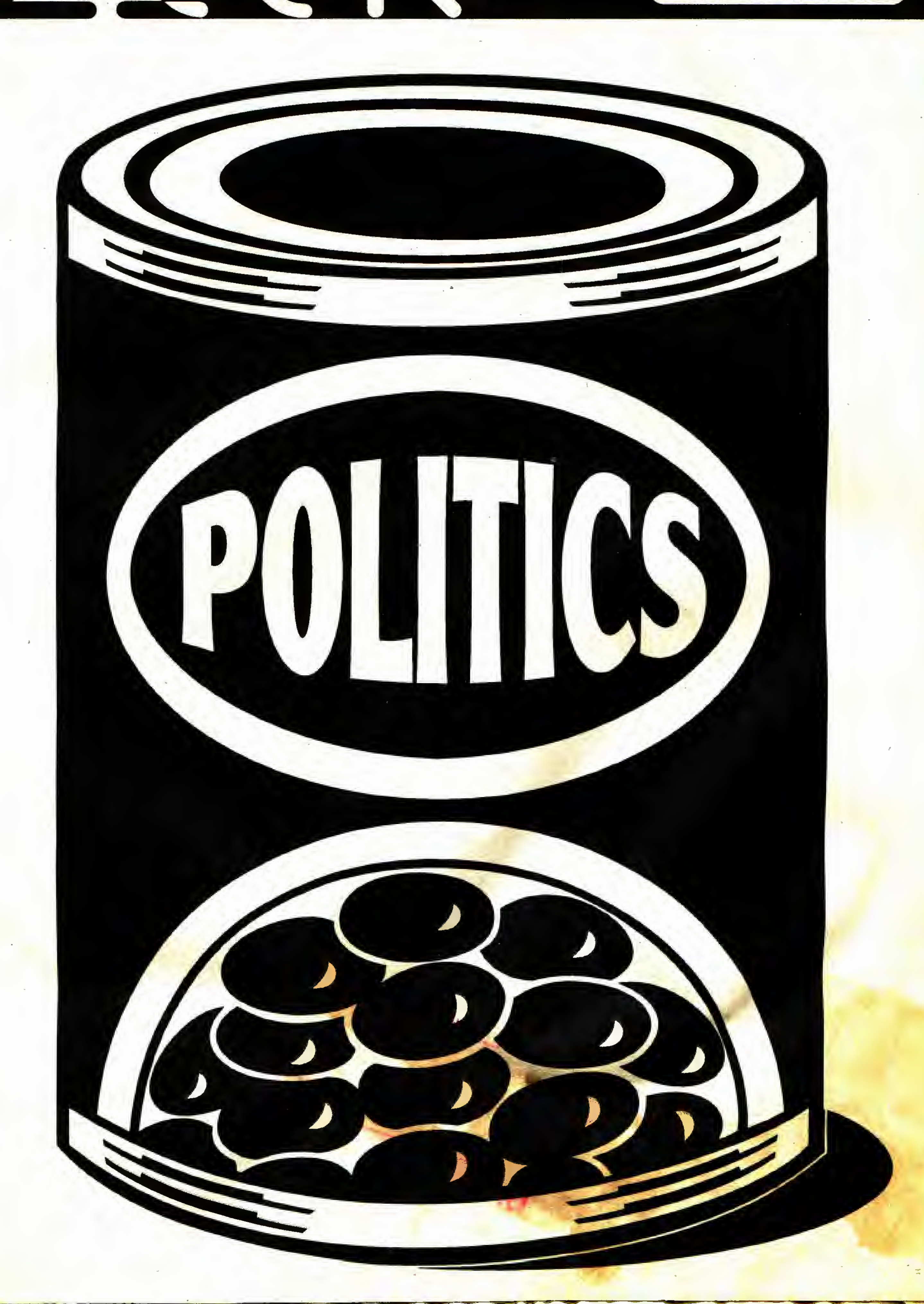
ZECK zeitschrift für wahrheit in dosen

Nr. 75 | Dezember 1998



Impressum

Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 2.0 oder 5.0 (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Spenden und andere Zuwendungen: je nach Umfang der Ausgabe haben wir eine Deckungslücke von 150 bis 200 DM (pro Ausgabe). Ihr merkts schon: Spenden sind also immer noch vonnöten. Wir nehmen Zuwendungen jeder Art gerne entgegen, Gelder aus Banküberfällen o.ä. allerdings nach Möglichkeit nur in gebrauchten Scheinen. Schokoladiges versüßt unsere Arbeitstreffen und läßt die Kommentare versönlicher werden (käuflich sind wir selbstverständlich nicht).
Eigendruck im Selbstverlag

vorwort

Als kleines Schmankerl zum Weihnachtsschmaus haben wir euch diesmal ein Interview mit Agnoli beschert, das die Freunde vom AZ Marbach mit ihm geführt haben. Ist es nicht schön, bescheinigt zu bekommen, daß wir zwar alles falsch machen aber dennoch die Hoffnung verkörpern?
Überhaupt nichts falsch gemacht haben die lieben GenossInnen, die die Soliparty für uns in der Flora organisiert haben - herzlichen Dank!
Nach Redaktionsschluß erreichte uns noch die Nachricht, daß im Schanzenviertel zum wiederholten Male ein Polizeiwagen ohne Fensterscheiben gesichtet worden ist. Gerade weil wir das Engagement der Beamten bei ihrem Rund-um-die-Uhr-Einsatz sehr zu schätzen wissen, scheint uns dieses Verhalten den eisigen Außentemperaturen nicht angemessen zu sein. Und die Strategie der be(ge)troffenen Polizisten, sich mit weißer Farbe zu beschmieren, um besser gegen die Kälte geschützt zu sein, betrachten wir auch mit großer Skepsis.

inhalt

Asylbewerber-leistungsgesetz

Am 1.September 1998 ist die 2. Novellierung des AsylbLG in Kraft getreten. Das Gesetz sieht nochmalige existentielle Einschränkungen der materiellen Versorgung von Flüchtlingen vor. Im besonderen betrifft dies Menschen aus Kriegs- und Bürgerkriegsgebieten und Menschen, die aufgefordert sind, aus der BRD auszureisen, dieses aber nicht können. Der zwischen den Parteien Bündnis 90/ Die Grünen und der SPD verhandelte Koalitionsvertrag enthält keine Beschlüsse, das AsylbLG in der geltenden Fassung zurückzunehmen oder substantiell zu entschärfen. Inzwischen liegen erste Planungen darüber vor, wie die Stadt Hamburg die beschlossene Gesetzesnovelle umzusetzen beabsichtigt. Hiernach sollen die beschlossenen Leistungseinschränkungen im Wesentlichen gelten für:

- Flüchtlinge, die nach Hamburg einreisen aber keinen Asylantrag stellen, insbesondere für Menschen aus Afghanistan und dem Kosovo,
- - Flüchtlinge, die ihrer Ausreiseverpflichtung nachzukommen nicht in der Lage sind,
- - Flüchtlinge, die sich laut Ansicht der Behörde ihrer Abschiebung widersetzen,
- - AusländerInnen, denen vorgeworfen wird, wegen des zu erwartenden Bezugs von Sozialleistungen in die BRD eingereist zu sein.

Die Stadt Hamburg will für diese Menschen die Leistungen um Teile des Barbetrags in Höhe von 80,-DM (Haushaltsvorstand), bzw. 40,-DM (Haushaltsangehörige) kürzen.
Mittlerweile sind die ersten tatsächlichen Kürzungen bekanntgeworden. Zehn Flüchtlingen aus der GUS, die auf den Wohnschiffen in Neumühlen untergebracht sind, kürzte das Sozialamt Altona die Bezüge, da sie angegeben hätten, lediglich wegen der finanziellen Bezüge in die BRD gekommen zu sein.
Weitere Infos: AK Asyl e.V., Nernstweg 32, 22765 Hamburg.

Antifa-Pannenhilfe

Solltet Ihr es in Eurem politisch aktiven Leben einmal in Betracht ziehen, ein Loch in einen Reifen zu pieksen, solltet Ihr vorher ein paar Dinge unbedingt beachten:

1. Luftballons, Fahrradreifen und PKW-Reifen lassen sich relativ einfach „plätten", ohne daß auf besondere Gefahren hingewiesen werden muß.

2. Bus- und LKW-Reifen lassen sich nicht so leicht die Luft abnehmen. Als sichere und technisch ungefährliche Methode gilt immer noch, die Luft auf dem Wege rauszulassen, wo sie reingekommen ist - durch das Ventil. Hier reicht schon ein Kugelschreiber oder Schlüssel als „Werkzeug". Diese Methode kostet allerdings Zeit - und wer hat die schon?

3. Soll ein Bus- oder LKW-Reifen durch gezielte Schnitte ins Gummi „geplättet" werden, gibt es wichtige Hinweise, die ihr beachten müßt:

- **Ein Bus- oder LKW-Reifen hat wesentlich mehr Luftdruck drauf als ein PKW-Reifen (Bus ca. 6.0 - 8.0 bar, PKW ca. 2.0 - 2.5 bar).**
- Ein Bus oder LKW ist viel unterwegs. Nach einer Fahrt und/oder bei Sommerwetter ist der Reifen und die darin befindliche Luft sehr warm. Die warme Luft dehnt sich aus und der Reifendruck wird erhöht.
- Bei einer „Verletzung" eines solchen heißen Reifens kann eine enorme Kraft entstehen, die explosionsartigen Charakter besitzt und enorme Verletzungen bei umstehenden Personen hervorrufen kann.
- Es bietet sich also als Möglichkeit an, die „erste Luft" durch das Ventil abzulassen. Ist der Reifendruck entsprechend gesunken, kann das Stichwerkzeug eingesetzt werden.
- Seid in jedem Fall vorsichtig bei Eurer nächsten „Pannenhilfe".

4. Diese Aufzählung verstehen wir nicht als vollständig. Falls Ihr mehr wißt, ergänzt unser aller Fachwissen.
(entnommen der „interim")



Kein Abschiebeknast in Rendsburg und anderswo!

Aktionstag gegen rassistische Abschiebepolitik
Demonstration zum geplanten Abschiebeknast am 18.12.98
Treffpunkt um 16 Uhr Theatervorplatz Rendsburg
Informationsveranstaltung zum Thema Abschiebeknast und Flüchtlingspolitik, 19 Uhr, Rendsburg, Amtmandsgarden, Torstr.4
Solidaritätsfest in der T-Stube Rendsburg, Stadtpark ab ca. 21 Uhr

Grenzcamp 1999

Einladung zum Treffen für ein Grenzcamp 1999 an der deutsch-tschechisch-polni.schen Grenze am 6.Dezember 1998, um 13.00 Uhr in Leipzig im Conne Island, Coburgerstr. 3

Ende Juli 1998 fand in der Nähe der Stadt Rothenburg In der Oberlausitz im Rahmen der Kampagne *kein mensch ist illegal* das antirassistische Grenzaktionscamp statt. Mit Vermittlung und Provokation wurde das Grenzregime an einer der bestbewachten Außengrenzen der Festung Europa und das Denunziationsbündnis zwischen BGS und örtlicher Bevölkerung thematisiert und attackiert.
Auf dem Nachbereitungstreffen des Camps 1998 war die Meinung einhellig. Das Camp wird als Erfolg gewertet und ein neues Camp 1 999 steht fast schon außer Frage. Aber es gibt vieles wesentlich besser zu machen. Das nächste Camp muß nicht nur besser organisiert werden, es soll auch mehr Raum für inhaltliche Auseinandersetzung bieten und zudem effektiver in die alltägliche Menschenjagd eingreifen. Dazu ist es unbedingt notwendig, daß möglichst viele Menschen und Gruppen aus verschiedenen politischen Spektren, frühzeitig Vorstellungen entwickeln, um das Camp 1999, zu dem viel breiter und stärker mobilisiert werden soll, vielfältig zu gestalten und besser vorzubereiten.
Deshalb wollen wir uns schon frühzeitig in die Vorbereitung des Grenzaktionscamps 1999 stürzen - auch angesichts der Tatsache, daß im nächsten Frühjahr mit der Mobilisierung zum EU- und Weltwirtschaftsgipfel, der Antifa-Mobilisierung zum 1. Mai in Leipzig und weiteren Aktionen die Zeit knapp werden könnte.
Eine Dokumentation zum Grenzcamp 98 wird gerade erstellt, eine Materialsammlung gibt es bereits bei AG3F, Metzgerstr. 8, 63450 Hanau, Tel/Fax. 061811-184892, ein Video-Magazin zum Camp bei AK Kraak, Torstr. 6, 10115 Berlin, 030/2823727.
[über die grenze]

Die Vokü ist tot - es lebe Food not Volk!

Irgendwann Mitte September war es soweit: Wir (d.h. ein Großteil der Donnerstags-Voka-Gruppe) waren so frustriert ob der politischen aber auch allwöchentlichen Situation in der Vokü, daß wir vor der Entscheidung standen, Schluß zu machen oder radikal etwas an dem Projekt zu verändern. Von dem Charakter eines Forums, wo sieh bei warmen Essen Menschen aus der sogenannten „Szene" und von der Gesellschaft an den Rand Gedrängte austauschen können, ist wenig geblieben. Die Vokü scheint heute nichts anderes zu sein als ein Ort, wo mensch sich mehr oder weniger nur zum Essen treffen kann..

Sicher: Es ist wichtig, daß jedeR hier für wenig oder g& kein Geld ein warmes Essen erhält. Und diese soziale Basisarbeit ist auch durchaus politisch, aber für uns nicht genug. Wir möchten mehr!

Für uns stellte sich nun die Frage, wie der Donnerstag in der Vokü wieder mit einem politischen Inhalt gefüllt werden kann. Also, was tun?

Ab Dezember wird es alle zwei Wochen (jeden 2. und 4. Do.) warmes Essen geben und dann wird jeweils unter einem Motto für eine bestimmte Gruppe (oder Einzelperson wie Kriminalisierte oder Gefangene) gekocht - die Gruppen haben die Möglichkeit, sieh vorzustellen, der Gewinn aus dem Essensverkauf wird ihnen ausnahmslos gespendet. An den anderen Donnerstagen (1. und 3.) versuchen wir, Veranstaltungen zu organisieren, die wieder mehr politisch Aktive hinterm Ofen hervorlocken sollen. Wahrscheinlich zeigen wir zu Anfang Filme oder Dokus (ist schön einfach), wir sind aber für alle Anregungen oder Hilfe offen. Was wann wie stattfindet, werdet ihr der Zeck entnehmen können; es wird auch Flyer geben, in denen die Gruppen und Veranstaltungen vorgestellt werden und wo die genauen Termine draufstehen. Wenn wir es organisatorisch hinbekommen, werden wir auch bei den Veranstaltungen warmes Essen anbieten, auf jeden Fall aber Kuchen o.ä.

Vielleicht ist unser Vorhaben nicht zu realisieren, versuchen werden und müssen wir es auf jeden Fall. Die von uns angestrebten Veränderungen erscheinen uns nötig und notwendig, um das von uns ursprünglich anvisierte Ziel zumindest wieder zu Gesicht zu bekommen. Und zu guter letzt. Nach einer kritischen Auseinandersetzung mit dem nationalkonstruierten Begriff „Volk" wollen wir den Namen *Vokü* ablegen - *Food not Volk* ist unbelastet und wesentlich passender.

In diesem Sinne „Guten Hunger"

Eure DonnerstäglerInnen

Vokü ist mehr als Nudeln und Mate!

Da dies in der letzten Zeit immer mehr in Vergessenheit zu geraten scheint, haben wir von der Flora-Montags-Vokü uns entschlossen in näxter Zeit im Anschluß ans Essen (Video-)Filme zu zeigen. Das wird erstmal nicht jeden Montag passieren, aber voraussichtlich jeden 1. und 3. Montag im Monat nach dem Essen so gegen 21 Uhr. Zeigen wollen wir politische Filme, Dokumentarfilme zu Themen, die uns und euch interessieren (Ihr merkt's schon: Anregungen von Euch sind in jedem Fall erwünscht).

Infos dazu wird's in der Zeck und im Bewegungsmelder geben – wenn wir's schaffen auch auf Flyern.

Das Programm für Dezember sieht so aus:

7. Dezember : ausgrenzen – abschieben,
Ein Film von Oliver Tolmein über Flucht und Abschiebung nach '89 (27 min.)
Und: Dann lieber ins falsche Paradies. Ein Film über die Realität Asylsuchender in Deutschland (45 min.)

14. Dezember: Petzer
Ein Filme über den Umgang mit einem verdeckten Ermittler in Hamburg (ca. 40 min)

(Wie ihr schon merkt: das mit 1. und 3. im Monat gilt erst ab Januar – wegen Weihnachten und so...)

Räumung im Anti-A-33-Hüttendorf

Am 14.10. wurde das Hüttendorf von der Polizei brutal geräumt. Nach der Räumung gab es einige Protestaktionen, so ein Picknick auf einer zukünftigen Autobahnbrücke, eine Zelt-Aktion vorm Rathaus in Borgholzhausen, eine Demo in Bielefeld.

Die Hüttendorfleute haben die Hoffnung auf ein neues Hüttendorf nicht aufgegeben und freuen sich über Besuch:

Ex Anti A 33 Hüttendorf
c/o An der Bundesstr.19
33829 Borgholzhausen

Unter selbiger Adresse ist auch ein *Fliegendes Hüttendorf* erreichbar, das bei Camps und Aktionen bis zu 150 Menschen mehrere Tage lang vegan beköstigen kann.

Flora-News

Frühstüxgruppenfrühstück

Am Sonntag, den 13.12.98 um 12 Uhr in der Vokü. Für alle, die Lust haben sich an einer neuen Florasamstagsfrühstüxgruppe zu beteiligen. Mit neuer Kraft ins neue Jahr! Auf daß es wieder Frühstück gebe!
Einige Frühstüx (nicht) Macher/innen

Elterntreff!

„Wo sind die Eltern in der Szene?"
Die Erfahrung: Eltern-Sein und Polit-Leben sind manchmal nicht leicht zu vereinbaren, aber: Sie schließen sich nicht aus! Schön wäre es, auch hier Raum zu finden für Erfahrungsaustausch. Die Idee: Ein Treff für Mütter und Väter mit Kleinkindern bis ca. 2 Jahre. Wir haben Lust auf Kennenlernen, Polit-Austausch, aber auch Klönschnack, gegenseitige Unterstützung, z.B. durch Weitergabe von Tips und Tricks etc. Angedacht ist jetzt erstmal ein monatliches Treffen, wobei Ort und Zeit noch nicht festgelegt sind. Der Termin zum Kennenlernen und Planen ist am
Montag, 7.12.98, 16 Uhr in der Flora-Volü

Das Frauen/Lesben Frühstück

am Sonntag findet mangels frühstückswilliger Frauen und Lesben leider nicht mehr statt!

Politisches Cafe

Zweiwöchentlich am Montag um 18 Uhr im 1. Stock. Es gibt Filme, Dias, Vorträge und Diskussionen zu verschiedenen Themen, sowie veganen Kuchen und Tee. Die nächsten Termine sind der 14.12. Staatsterrorismus + Repression: Schnellverfahren, Kriminalisierungsversuche, Rechtshilfe etc.
28.12. steht noch nicht fest.



Unsere Freundin und Genossin Andrea Wolf wurde von türkischen Sicherheitskräften ermordet!

Andrea hatte sich Mitte der 90er Jahre als Internationalistin dem kurdischen Befreiungskampf angeschlossen. Sie war Mitglied der Freien Frauenarmee (YAJK). Am 22.10.98 wurde sie von türkischen Sicherheitskräften festgenommen und anschließend hingerichtet.
Viele kennen Andrea aus dem Widerstand hier in der BRD. Seit Anfang der 80er Jahre war sie in vielen Initiativen und Kampagnen aktiv. Der Staat versuchte sie zu kriminaliseren, indem er behauptete, Andrea wäre an dem Anschlag der RAF in Weiterstadt beteiligt gewesen. Die RAF hat das dementiert. Auch Andrea hatte geschrieben, daß sie mit Weiterstadt nichts zu tun hätte. Während Andrea ersteinmal die Situation in sicherer Entfernung neu bewerten wollte und sich deshalb absetzte, wurde ein neues Ermittlungsverfahren gegen sie eingeleitet, diesmal wegen des angeblichen Neuaufbaus einer terroristischen Gruppe nach dem Vorbild der RAF. Diese ganzen Konstrukte zeigen die eindimensionale Denkweise des Staatsschutzes. Andrea hatte sich dem kurdischen Befreiungskampf angeschlossen, um ihre Verbundenheit mit den Kämpfen für Frauenbefreiung und eine gerechte Welt Ausdruck zu verleihen. Ihr Ziel war es immer, zurückzukommen und auch hier am Aufbau einer revolutionären Perspektive mitzuwirken.
Andrea ist am 22.10. mit anderen Freundinnen und Freunden bei einem Gefecht in der Provinz Catak lebend in die Hände des Feindes geraten. Die Soldaten der türkischen Armee verhörten sie und die anderen FreundInnen. Sie machten keine Aussagen. Daraufhin wurden sie kaltblütig erschossen. Dafür gibt es ZeugInnen. Einige GenossInnen hatten sich in der Nähe in einer Höhle versteckt. Sie hörten, daß die Soldaten, als sie feststellten, daß Andrea eine Deutsche ist, sagten „Sie wird uns genausoviel Ärger machen wie Kani". Kani ist eine deutsche Genossin, die im türkisch besetzten Teil Kurdistans wegen PKK-Mitgliedschaft zu 15 Jahren Knast verurteilt wurde. Kani hat mit ihrer unbeugsamen Haltung große Sympathie in der kurdischen Bevölkerung gewonnen.
Daraufhin wurde Andrea erschossen. Ihre Leiche ließen die Soldaten liegen. Drei Tage später kehrten die FreundInnen zurück an den Ort des Gefechtes und begruben die Leichen der Genossinnen. Andreas Tasche mit ihren persönlichen Sachen, Aufzeichnungen etc. haben die Soldaten mitgenommen. Die Leiche eines Einheitskommandanten war grausam verstümmelt, der Kopf war abgeschnitten. Die Ermordung, Folter, Vergewaltigung und Verstümmelung von GuerillakämpferInnen in der Gefangenschaft sind keine Einzelfälle. Man versucht, sie zu Aussagen, zum Verrat zu zwingen: wenn sie sich weigern, werden grausamste Methoden angewandt. Es gibt Fotos von verstümmelten Leichen, die zu schrecklich sind, um sie zu veröffentlichen. Die türkische Republik hält sich nicht an die Genfer Konvention zur Behandlung von Kriegsgefangenen, ja sie bestreitet sogar, gegen das kurdische Volk überhaupt einen Krieg zu führen.
Wir fordern, daß die Umstände der Ermordung von Andrea und den anderen GenossInnen restlos aufgekärt werden. Die persönlichen Sachen von Andrea, die in den Händen der türkischen Armee sind, sollen deren Angehörigen und FreundInnen übergeben werden.
Wir fordern, daß die Bundesregierung jede Unterstützung für das menschenverachtende türkische Regime einstellt. Alle revolutionären und demokratischen Kräfte rufen wir deshalb auf, in dieser Hinsicht Druck auf die Bundesregierung auszuüben.

(aus: Aufrufflugblatt zur Demo)

Hamburger Werft Blohm und Voß liefert Fregatte am 17.12. aus

Die Fregatte „Salihreis" für die türkische Armee soll am 17.12. im Rahmen einer Feierveranstaltung mit hohen Militärs ausw der Türkei und der BRD bei Blohm+Voß übergeben werden. Ein Bündnis aus verschiedenen Organisationen und Einzelpersonen gegen die Auslieferung der Fregatte organisiert a, 12.12. eine Demonstration zu den Landungsbrücken, Auftakt ist 12 Uhr Moorweide. Am 17.12. ist eine Protestaktion vor den Werktoren geplant.
Die ständige Bedrohung aller Nachbarstaaten gehört genauso zum Repertoire der türkischen Kriegsführung wie die Vernichtung des kurdischen Volkes oder die Repression gegen die Opposition im eigenen Land. „Made in Germany" ist das Markenzeichen der Kriegsgeräte, die dazu eingesetzt werden. Ohne die finanzielle und militärische Unterstützung durch die NATO könnte die Regierung in Ankara ihre Kriegspolitik schon lange nicht mehr fortsetzen. 40 Prozent des gesamten Haushaltes der Türkei fließen in die Rüstung. Die BRD gehörte in der Vergangenheit zu den größten Gönnernund Geldgebern des türkischen Militärregimes. Laut Koalitionsvertrag der rot-grünen Bundesregierung soll zwar der „Menschenrechtsstatus möglicher Empfängerländer" Kriterium für die Ausfuhr von Rüstungsgütern werden, doch sinnigerweise nur für Nicht-Nato-Mitglieder. Im Rahmen des 150 Milliarden Dollar Aufrüstungsprogramms des westlichen Verteidigungsbündnisses sollen noch 14 weitere Kriegsschiffe gebaut und an die Türkei geliefert werden.

Eine Revolutionärin können sie töten, aber niemals unseren Freiheitswillen

Sehit namirin!

Unsere gefallenen Revolutionärinnen und Revolutionäre sind unsterblich



Andrea Wolf - Ronahi
24.10.98 Catak

Unsere Freundin und Genossin Andrea Wolf - Heval Ronahi - wurde in den Bergen Kurdistans am 24. Oktober '98 von der türkischen Armee gefangen genommen und ermordet.

Mit Menschen wie dir, Freundin Ronahi, wird die Blume des Internationalismus niemals welken.
Deine Zuversicht und deine Entschlossenheit im Kampf für den Aufbau einer Welt ohne Unterdrückung und für das Leben in Freiheit und Gerechtigkeit tragen wir in unserer Arbeit und unserem Leben weiter.

Kurdistan Solidarität Hamburg

Die Kunst zu Campen

Antirassistisches Grenz-Camp 1998:

„We say Good Bye" sang die Band und dann war wirklich Schluß mir dem Sommercamp 98 in der idyllischen Waldlichtung am Rande der Kleinstadt Rothenburg in der Oberlausitz. Die Nachtwachen traten ihre letzte Schicht an, und, sobald der Morgen graute, ging es ans Aufräumen und Abbauen Wie immer bei solchen Anlässen lag ziemlich viel Wehmut in der Luft, gemischt mit Erschöpfung, Erleichterung und auch ein wenig trotzigem Stolz. Denn allen war klar: Das war nur das erste Mal, wir kommen wieder und beim nächsten Mal werden wir uns viel besser vorbereiten, uns noch viel mehr ausdenken und vor allem werden wir viel mehr sein. Das ist jetzt drei Monate her. Inzwischen wurden zahlreiche Anekdoten zum besten gegeben, Berichte verfaßt, Kritik- und Einschätzungspapiere ausgetauscht, ein AK Kraak Video-Magazin wurde erstellt, ein erstes Nachbereitungstreffen hat stattgefunden und das erste Vorbereitungstreffen ist anberaumt. Wir werten es als ein ausgesprochen gutes Zeichen, daß sich viele, die daheim geblieben sind oder noch kurzfristig abgesagt haben, dem Vernehmen nach noch heute ziemlich ärgern, weil sie wohl einiges verpaßt haben. Und ein ebenso gutes Zeichen ist, daß es im Echo auf das Camp98 auch sehr viele konstruktive Rückmeldungen aus dem In- und Ausland gab. Inzwischen besteht Kontakt zu Gruppen in USA und Mexico, die bereits in konkreten Planungen für ein simultanes Camp im kommenden Jahr an der us-mexikanischen Grenze stecken.

Wir wollen an dieser Stelle noch einmal deutlich machen, was uns im vergangenen Sommer bewogen hat, neben den zahlreichen anderen Aktivitäten soviel Zeit und Energie in die Campvorbereitung zu investieren, und warum wir glauben, daß es 99 umso wichtiger wird, die Grenze und die Grenzen wiederum ins Visier zu nehmen.

1. Grenzen markieren auf eine gewisse Weise das Ende der Politik. Hier endet das Territorium der Nationalstaaten und hier ist der Bedeutungsverlust der Nationalstaaten augenfällig. Andererseits wächst die politische Bedeutung der Grenzen: Grenzen schwellen von Linien zu Zonen an. Grenzen verschieben, falten und vervielfachen sich: nach vorne und nach hinten, ins Landesinnere und in Drittstaaten.

2. Ein flexibilisiertes System von Überwachung und Kontrollen, propagandistisch verknüpft mit Denunziationsappellen an die Bevölkerung hat das Prinzip der befestigten Grenze abgelöst. An den Grenzen wird die Verschiebung von der Disziplinargesellschaft in Richtung Kontrollgesellschaft deutlich.

3. Grenzen werden zu einem modernen bevölkerungspolitischen Steuerungselement ausgebaut und aufgerüstet. Ethnisch segmentierte Arbeitsmärkte, die wachsende Nachfrage sowohl nach hochqualifizierter als auch nach überausbeutbarer Arbeitskraft, kollabierende Sozialsysteme erfordern (wenn schon kein Einwanderungsgesetz) so doch eine steuerbare Durchlässigkeit der Grenzen. Rassismus ist in diesem Zusammenhang vor allem soziale Kontrolltechnik.



4. Die Auseinandersetzung mit Grenzen könnte ein Bindeglied im Kampf gegen das Migrationsregime und das moderne Apartheidsystem sein. Grenzen zu problematisieren, heißt die herrschende Wirklichkeit radikal in Frage zu stellen. Es heißt aber zuerst: über der eigenen Tellerrand schauen, Flucht und Migration nicht als eine mehr oder weniger kalkulierbare Frage von Barmherzigkeit und Gnade zu sehen und die Situation in den Herkunftsländern mit dem Kampf um Bleiberecht zu verknüpfen. Ohne ein Recht zu kommen hat das Recht zu bleiben den Anruch von Altfallregelung und affirmiert die Verhältnisse.

Der Kampf gegen Grenzen ist auch eine Auseinandersetzung mit Identitäten, Identitätskontrolle und Identitätspolitik. „Illegale" oder „Aliens", wie sie in den USA genannt werden, lassen sich kaum in die Schemata von „Tätern" und „Opfern" pressen: in den gegenwärtigen juridischen, sozialen und politischen Diskursen vermischen und überlagern sich diese Zuschreibungen bis zur Unkenntlichkeit, sind Gegenstand taktischer Operationen aller Seiten. Wer auswandert, will nicht länger Opfer sein, und wer einwandert, hat Respekt und nicht Mitleid verdient. Politik und Rechtsprechung verdammen MigrantInnen an der Grenze, an den Häfen und an den Flughäfen in einen außerterritorialen Status, der sie zu einer beliebig verschiebbaren Masse macht. Wir sind mit einem Feld taktischer Manöver, begrifflicher und praktischer Umdeutungen konfrontiert, in dem es nicht ausreicht, lediglich die Verlogenheit, Gemeinheit und Unaufrichtigkeit der Herrschenden herauszuarbeiten. Stattdessen muß es um eine Zuspitzung der Widersprüche gehen, um die Eroberung - und sei es temporärer - Autonomiezonen, um die Entwicklung und Entfaltung von Subjektivitäten, die sich - schon aus Eigeninteresse - nicht mit der Einhaltung bestehender Grenzen zufrieden geben.

Das Camp im vergangenen Sommer war ein Modell, es war eine Beta-Version oder die Generalprobe. Alle, die mit der zum Schluß hin recht hektischen Vorbereitung zu tun hatten, alle, die ein paar Tage teilgenommen hatten und alle, die sich zur Nachbereitung getroffen haben, waren sich einig: das Camp war ein Erfolg, aber es gibt sehr vieles wesentlich besser zu machen.

1. Aufklärung und Provokation

Eine der wichtigsten Ausgangsüberlegungen bei den Vorbereitungen Anfang diesen Jahres lautete: Wenn diese Grenze also nicht wegen Stacheldraht und Zäunen funktioniert, sondern durch die aufwendig hergestellte Akzeptanz in der örtlichen Bevölkerung, auch bekannt als Denunziationsbereitschaft, kann die Grenze auch nur sabotiert werden, indem die Denunziationsbereitschaft denunziert wird. Gleichzeitig klagten die Gruppen vor Ort früh eine fundierte Vermittlung aller Aktionen und ihrer Hintergründe ein, weil sie ja schließlich die Suppe auszulöffeln hätten. Resultat dieser Auseinandersetzungen war eine Doppelstrategie aus Aufklärung und Provokation, deren Herzstück die in einer Auflage von 20.000 Stück verteilte Campzeitung. Natürlich läßt sich der Erfolg oder Mißerfolg einer solchen Strategie schwer bilanzieren, schon gleich gar nicht zähl- oder meßbar machen. Fest steht aber, daß es eine für viele außergewöhnliche und auch außergewöhnlich spannende Angelegenheit war, das eigene Denken und Han-

deln - ohne an der theoretischen und praktischen Entschlossenheit zu kürzen - so zu legitimieren, daß es gerade in seiner polarisierenden Wirkung einnehmend wirkt und prinzipiell von anderen übernommen und weiterentwickelt werden könnte. An diesem Punkt hat sich das Camp sicherlich von den Aktionstagen des Frauen- und Lesbenbündnisses unterschieden, und der größte Erfolg des Camps ist, neuartige Erfahrungen gemacht zu haben, aus denen wir fürs nächste Mal lernen können. Sicherlich gehört zu diesen Erfahrungen, wie ungeheuer borniert und ressentimentgeladen breite Teile der Bevölkerung sind und wahrscheinlich ist es auch sinnvoll, sich diese Ausmaße immer wieder vor Augen zu führen. Auf der anderen Seite aber kam es zu einigen unvorhersehbaren und überraschenden Begegnungen mit Menschen, die uns immer wieder unverhohlen oder etwas schüchtern ihre Sympathie bekundet haben Und wenn vielleicht deswegen die eine oder andere Denunziation ausbleibt oder Menschen nur in Zögern kommen, wie sie sich verhalten sollten, dürften wir das Grenzregime effektiver angegriffen haben, als wenn wir uns in selbstgefälliger Manier nur der auf sämtliche Widersprüchlichkeiten abgestimmten eigenen Korrektheit versicherten.

Im Nachhinein sehen wir nicht nur die Notwendigkeit, sondern auch ein immenses Potential an Aktions- und Handlungsmöglichkeiten entlang der Grenze. Angesichts des Verlaufes der Campwoche und der bisherigen Erfahrungen können wir uns eine weitere politische und praktische Zuspitzung durchaus vorstellen. Nicht unmaßgeblich ist dieses Bild vom Einsatzverhalten der zusammengezogenen Polizeikräfte geprägt: Egal, ob es sich um eine besonders abgefeimte Strategie des Laissez-faire, eine bewußte Deeskalationstaktik oder schlichte Überforderung und Unerfahrenheit handelte - alle vorbereiteten und kurzfristig geplanten Aktionen konnten gegenüber BGS und Bereitschaftspolizei durchgesetzt werden. Uns schien eindeutig, daß der Ordnungsmacht ein derartig massives Infragestellen ihrer Rolle in der Region ganz und gar nicht gepaßt hat, daß sie immer den Weg des vermeintlich kleineren Übels gegangen sind und freuen uns jetzt schon auf die Gesichter, wenn sie feststellen müssen, daß wir wiederkommen - vielleicht gar jedes Jahr.

2. Außenwirkung und Binnenorientierung

Ein weiterer Anspruch des Camps war es, sogenannte „Öffentlichkeitsarbeit" und an eine diffuse Allgemeinheit gerichtete Angebote mit internen Veranstaltungen zu koppeln. Diesen Anspruch zu erfüllen waren wir bestimmt am wenigsten in der Lage; außer einigen teils improvisierten Diskussionsrunden und gewohnt sich im Kreise drehenden Plena gelang es eigentlich nicht, inhaltliche Auseinandersetzungen und Anregungen auszutauschen. Gerade weil vermeintlich so klar ist, wo sich der Feind befindet und wie rassistisch und übermächtig er ist, weil sich vielleicht die Arbeit vieler antirassistischer Gruppen in letzter Zeit stark auf die eigene Befindlichkeit fixierte, weil sich auf dem Camp unterschiedliche Generationen mit sehr unterschiedlichen politischen Sozialisationen und Geschichten trafen, weil schließlich auch Menschen aus einem knappen Dutzend Länder versammelt waren, schien dies ein in vieler Hinsicht ebenso schwieriges wie aussichtsreiches Unterfangen. Auch wenn hier sehr vieles besser vorbereitet und umgesetzt werden muß, ist trotzdem bemerkenswert; daß die Handlungsfähigkeit an den drei letzten Tagen vor allem aus den beim Tanzen, bei Nachtwachen oder am Lagerfeuer geschlossenen Bekanntschaften, aus den langwierigen Diskussionen in Arbeitsgruppen und dem Zusammenwerfen unterschiedlicher Fertigkeiten resultierte, die einfach und zum Glück vorhanden sind, wenn antifaschistische und antirassistische AktivistInnen, Autonome und Organisationstalente, feministische und Videobegeisterte, Internet und Anti-Industrielles-Großprojekt-erfahrene Kreise aus verschiedenen Städten und Ländern für ein paar Tage an einem Fluß zusammensitzen.

3. Symbolische Politik und imaginäre Orte

In den Diskussionen im Vorfeld und den Bilanzen im Nachhinein kam immer wieder zur Sprache, daß Aktionen an der Grenze „symbolisch" seien. Insofern die Grenze und gerade die deutsch-polnische Grenze ein Symbol für das Schengener Grenzregime darstellen, beziehen Aktionen dort zweifellos ihre Berechtigung. Dennoch ist es interessant, wie auf dem Camp die reichlich abgenutzte Klaviatur „symbolischer Politik" neu gespielt wurde: Exemplarische Aktionen wie die Eröffnung der neuen Grenzübergänge, die bekanntlich mit realen Strafen geahndet werden, aber trotz der frechen Vorankündigung das gewünschte Kräftemessen zu unseren Gunsten ausgehen ließen, machten sich sehr gut aus neben Nummern aus dem Repertoire der Kommunikationsguerilla, wie dem triumphalen Zieleinlauf des „kein mensch ist illegal"-Teams bei der zweiten Etappe der Sachsenrundfahrt für Radprofis. Monumentale Inszenierungen wie der 50-Stunden-Rave offenbarten ein Maß an Aufgeschlossenheit für jugendkulturelle Entwicklungen, das in unseren Kreisen auch nicht gerade selbstverständlich ist, und auf alle Fälle seine Wirkung hatte. Von moderner Tanzmusik umrahmt war schließlich auch das große Finale auf der Neiße, dessen bald schon grandioser Verlauf nach der doch recht anstrengenden Woche für alle überraschend war - am meisten für die Polizei, die sich auf einen Einsatz in Görlitz vorbereitet hatte und eilig mit Hubschraubern ankam, aber die Grenzflußbesetzung mit SchwimmerInnen, Booten, Transparenten und Schaulustigen auch nicht verhindern konnte.

Wir sind zuversichtlich, daß sich diese vielversprechenden Ansätze beim nächsten Mal und in neuer Umgebung noch weiter ausbauen lassen - vor allem, wenn mehr Menschen und mehr Gruppen schon im Vorfeld mit den Gegebenheiten vertraut sind oder sich vertraut machen und mit eigenen Ideen und der dazu erforderlichen Ausrüstung anreisen. Trotzdem aber bleibt die Grenze ein imaginärer Ort, den wir zwar analysieren und kritisieren, belagern und attackieren können, ja müssen, der seine Brutalität aber erst in Vorfällen entblößt, wie jenen vom Mittwochabend, als in der Nähe von Freiberg ein Kleinbus mit 27 Flüchtlingen aus dem Kosovo verfolgt vom BGS gegen eine Mauer raste. Sieben Tote, zahlreiche zum Teil sehr schwer Verletzte und Abschiebungen einiger schnell transportfähig gemachter Flüchtlinge - teils gegen verwaltungsgerichtliche Anordnungen - sind die ebenso erschütternde, wie alltägliche Realität der Grenze. Das Camp beschloß, sofort im 80 Kilometer entfernten Freiberg zu demonstrieren, Abgesandte nahmen Kontakt mit den Überlebenden auf und kümmern sich zusammen mit dem FFM heute noch um die Aufklärung des Unfallhergangs und das Bleiberecht der Verletzten.

Das nächste Camp

wird wegen der aktuellen Zuspitzung der Situation vermutlich an der Grenze zwischen Tschechien und Sachsen stattfinden, wo obendrein im Mai Kommunal- und im September Landtagswahlen stattfinden. Im Juni werden sich in Köln die Herrschenden zu EU- und kurz darauf Weltwirtschaftsgipfel treffen. Auf dem Nachbereitungstreffen wurde einhellig beschlossen, mit dem Camp unbedingt auch die Gelegenheit wahrzunehmen, den für Rassismus Verantwortlichen und ihren Erfüllungsgehilfen nicht hinterherzulaufen, sondern sie auch dort anzugehen, wo Rassismus faktisch ist. Gleichzeitig mit dem Camp '99 an der deutsch-polnisch-tschechischen Grenze wird in Kalifornien, an der us-mexikanischen Grenze ein Schwestercamp geplant, zu dem mexikanische Gruppen und die Solidaritätsbewegung in den USA aufrufen. Womöglich wird es weitere Camps in Polen oder Tschechien und an der italienischen Mittelmeerküste geben, und wir hoffen, daß diese internationale Ausdehnung ihre Entsprechung in einer breiteren Mobilisierung im Rahmen der Kampagne „kein mensch ist illegal" und anderen Spektren darüber hinaus findet.

(aus: Flüchtlingsrat, Zeitschrift für Flüchtlingspolitik in Niedersachsen, Dezember 1998)

Festhalten am Gedanken, der radikale Veränderung meint

Interview mit Johannes Agnoli zu den Folgen von '68

Der heute in Italien lebende 73jährige Theoretiker der Außerparlamentarischen Opposition (APO), Johannes Agnoli, eröffnete Ende April die Veranstaltungsreihe "Von wegen '68 - Wir sind noch nicht zu Ende" des Autonomen Zentrums Marbach a.N. Anläßlich seines Besuches entstand das folgende Interview.

Wenn 30 Jahre nach 1968 über den damaligen 'gesellschaftlichen Aufbruch' und seine Folgen diskutiert wird, gleicht diese Diskussion einem seltsamen Schattenspiel. Dabei treten die alten 68er unter neuen Frontstellungen gegeneinander an: Die einen behaupten, damals habe der Durchbruch stattgefunden, der aus der muffigen BRD der 50er Jahre in die freundliche, bunte, weltoffene Zivilgesellschaft der Gegenwart geführt habe. Die anderen halten dagegen, daß die einst von ihnen selbst geforderte (und viel zu selten auch durchgesetzte) Liberalisierung der Gesellschaft es sei, die die Verantwortung für den gegenwärtigen Werteverfall trage. Ursache von Neo-Rassismus und angeblich zunehmender Jugendgewalt sei die antiautoritäre Erziehung der 68er, und deshalb ginge es nun um die Rückkehr zu Familienwerten, Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit. Wenn sich in dieser Diskussion einmal Nach-68er zu Wort melden, dann allenfalls, um ihre eigenen Interessen in Abgrenzung zu den Altvorderen mediengerecht zu inszenieren. Das kümmerlichste Bild gibt dabei wohl die grüne Jugendbewegung ab, wenn sie die Vorherrschaft der 68er in der Partei beklagt und einmal mehr 'Politikfähigkeit' fordert.

Uns interessiert anderes, wenn wir 30 Jahre später an Johannes Agnoli die Frage nach den Folgen von 1968 stellen. Die Revolte der 68er und ihrer Nachfolger hat zweifellos (wenn auch in viel zu geringem Maße) das gesellschaftliche Klima der BRD verändert. Sie bezog ihre Durchschlagskraft aus einer fundamentalen Kritik der bundesdeutschen Verhältnisse, die Agnoli mitformuliert hat. Die Forderungen von 1968 waren utopisch und ihre Artikulation bediente sich radikaler Formen, die die kulturellen und politischen Konventionen ihrer Zeit sprengten.

Angesichts des jämmerlichen Bildes der gegenwärtigen Gesellschaft, die ihre Zukunft nur noch als 'more of the same' zu denken in der Lage ist, ist daran zu erinnern, daß Zukunft nur aus der radikalen und utopischen Überschreitung des Gegenwärtigen heraus Gestalt annehmen kann. Während die Rede von der 'Politikfähigkeit' auf allen Seiten gebraucht wird, um die Absage an jede Politik zu rechtfertigen, die sich den kapitalistischen Sachzwängen entgegenstellt anstatt diese zu legitimieren und zu verwalten, gilt es nach dem Fortdauern der Ansätze jener fundamentalen Revolte zu fragen.

Das Erbe der 68er, ihrer Kämpfe, Illusionen und Desillusionierungen ist für die heutige Linke ein Steinbruch von Erfahrungen, die es gilt, für eine radikale politische Praxis nutzbar zu machen: nicht mehr, und auch nicht weniger. In einer Situation, in der eine konsequent utopische Politik des 'Unmöglichen' als einzig realistische Alternative zu dem langsamen Weg in die Barbarei erscheint, muß immer wieder nach Möglichkeiten gesucht werden, sich dieser Paradoxie zu stellen.



AZ: Im vergangenen Winter demonstrierten weit mehr Studierende in der Bundesrepublik gegen die Zustände an den deutschen Hochschulen als etwa 1968. Ungeachtet dessen haben sie nichts erreicht. Wieso war die außerparlamentarische Opposition von 1967/68 gesellschaftlich wichtiger als jede Form von Opposition heute?

Agnoli: Es geht nicht nur darum, ob man etwas erreicht hat oder nicht, sondern um das, was gewissermaßen die Substanz der Bewegung ist. Bei einem Vortrag in Berlin wurde ich gefragt, was der Unterschied sei zwischen '68 und der heutigen Studentenbewegung. Meine Antwort war zwar schlicht und naiv, aber meines Erachtens treffend: Ihr wollt vom Staat mehr Geld haben, eine besser funktionierende Universität. Aber Ihr wollt die Gesellschaft nicht verändern, das ist der Unterschied. Es ist das gute Recht der jetzigen Studenten etwas zu verlangen. Aber ich habe bis jetzt noch nicht erfahren, daß sie eine gewisse Potentialität zur radikalen Veränderung der Gesellschaft - zumindestens theoretisch - entwickelt hätten. Sie wollen von einer Gesellschaft, die aus den Fugen geraten ist, etwas haben, was diese Gesellschaft wahrscheinlich nicht geben kann, eben weil sie aus den Fugen geraten ist. Nicht nur der Sozialstaat, sondern auch die Universität wird abgebaut. Es ist richtig, dagegen zu kämpfen und es mag leider nicht erfolgreich sein, aber das hat mit der 68er Bewegung wirklich nichts zu tun.

Daß die Studenten sich heute darauf beziehen, ist vollkommen richtig, warum denn nicht? 1848 hat man sich auf die Französische Revolution bezogen. Die Franzosen haben sich auf die Cromwellsche Revolution bezogen. Aber Ihr dürft nicht sagen, Ihr seid jetzt die geschichtliche Nachfolgeerscheinung von '68. Vielleicht wäre die Frage anders zu stellen: ob der Prozeß heute - '68 und die Folgen - in dieser Form möglich wäre, wenn es '68 nicht gegeben hätte.

AZ: Wie schätzt Du das ein, daß heute einerseits offensichtlich mehr Leute auf die Straße gehen, andererseits die heutige Studentenbewegung unter politischen Gesichtspunkten nichts, aber auch überhaupt nichts erreicht hat. Also nicht einmal in einem realpolitischen Sinne (wenn man von der Sache mit der gesellschaftlichen Veränderung von vorneherein einmal absieht). Die Studenten 1968 waren zahlenmäßig weniger und haben vielleicht eine sehr viel größere Wirkung gehabt.

Agnoli: Ich weiß nicht, ob es weniger oder mehr waren. Im übrigen waren es nicht nur Studenten. '68 war eine gesellschaftliche Erscheinung und war auch nicht auf Deutschland beschränkt. Wenn sie heute mehr Leute auf die Straße bringen, dann hat das eine gewisse Bedeutung. Nicht etwa in dem Sinne, daß mehr erreicht wird oder nicht. Aber es kann sein, daß eine solche Demonstration bewußtseinsbildend wirkt. Denn, wenn sich die Leute auf der Straße treffen, gilt immer noch mein altes Wort: "Die Vernunft begibt sich auf die Straße." Die Straße ist heutzutage der Platz der Vernunft geworden. Möglicherweise setzt ein Vernunftprozeß ein. Wenn die Leute nach Hause kommen und sie nichts erreicht haben, hat sich dennoch bewußtseinsmäßig etwas bewegt, woraus ein Potential der Negation entstehen kann. Das ist eine Hoffnung. Wenn daraus im Sinne der Bildung eines Bewußtseins, das auf Veränderung aus ist, etwas wird, ist es im Grunde gleichgültig, ob sie nun mehr Geld haben wollen, oder ob sie den Kaiser stürzen wollen. Weder das eine noch das andere ist erreichbar. Aber es besteht die Möglichkeit, daß man durch mühsame Arbeit versucht - früher nannte man das politisieren -, die Leute dazu zu bringen, zu merken, daß es nicht nur darum geht, daß man mehr Geld hat. Die heutige Gesellschaft ist nicht im Umbruch, sondern sie ist dabei zusammenzubrechen. Was kann daraus werden? Können wir da irgend

etwas bewirken? Aber das ist Eure Aufgabe.

AZ: Wenn ich mir die Studentenbewegung des letzten Jahres anschaue, dann habe ich dennoch das Gefühl, daß die Bewegung von '68 und auch die Personen, die '68 aufgestanden sind, in einem sehr langen und mühseligen Prozeß wieder in diese Gesellschaft integriert werden mußten. Demgegenüber hat diese neue Studentenbewegung ihre eigene Integration schon selbst aktiv vorweggenommen. Im Moment scheint erstaunlicherweise die Konsensmaschine in dieser Gesellschaft - zumindest an der Oberfläche - äußerst reibungslos zu funktionieren. Warum war das '68 nicht der Fall?

Agnoli: Ich halte den Vergleich schon deshalb für brüchig, weil die Gesellschaft eine andere geworden ist. Eben das ist das Problem. Ob sie in diesem Fall integriert sind oder nicht ist egal - gut, sie sind integriert. Aber auch integrierte Arbeiter können streiken und können eine Bruchsituation herbeiführen. Das liegt aber nicht am Integriertsein oder Nicht-Integriertsein, sondern, Du hast die Frage selbst so gestellt, daß liegt daran, daß diese Integration so weit gediehen ist. Es hat mit dem gesellschaftlichen Konsens zu tun, daß die berühmte Lehre aus '68 nicht zu ziehen ist. Die Situation war eine ganz andere. Wenn die Gesellschaft sich derart verändert hat, kann man nicht nostalgisch sagen: Wie können wir ein '68 herbeiführen. Das ist Geschichte. Die Französische Revolution kann nicht wiederholt werden. Einige haben es versucht, es ist schief gelaufen. Natürlich ist es schief gelaufen, weil die Gesellschaft in Wirklichkeit eine andere geworden war. Gleichzeitig besteht dann die Gefahr, in Resignation zu verfallen, daß man sagt, da ist sowieso nichts zu machen. Aber schon 1965, also unter Adenauer, hieß es, man kann sowieso nichts machen. Das war eine völlig verkrustete Situation. Und genauso 1989: Ebenso wie Anfang Oktober keiner wußte, daß Ende Oktober die Mauer zusammenbrechen würde, wußte 1965 niemand, daß 1967 in Berlin ein Chaos ausbrechen würde. Aber es gab diese Kräfte, die unterschwellig, mit vielen Illusionen, daran gearbeitet haben. Wenn Ihr davon ausgeht, daß es sowieso zum Kladderadatsch kommt, und es kommt zum Kladderadatsch in der sogenannten Weltgesellschaft, dann muß man sich überlegen, was sich in dieser Situation machen läßt. Die großen Pläne der '68er sind gescheitert. Es ist weder ein Vietnamkrieg da, der war sehr wichtig. Die Sandinisten sind weg. Die Normalität ist wieder eingekehrt. Was kann man in der Normalität machen?

Ich hatte damals die Parole vom Überwintern geprägt, weil man in der Normalität nur überwintern kann. Nur, es kommt darauf an, ob man das Überwintern so versteht, daß man sich ins Private zurückzieht und in vollem Bewußtsein, ein besserer Mensch zu sein, nichts tut und sich damit begnügt, daß man sagt: Ja, diese armen Kerle, die glauben an den allgemeinen Konsens. Wir aber wissen, daß es falsch ist. Das genügt natürlich nicht, das ist klar. Aber das sind Probleme, auf die ich keine Antwort weiß. Wenn ich gefragt würde, was heute zu tun sei, dann müßte ich etwa sinngemäß antworten: Vor einiger Zeit, vor drei Jahren war ich sehr unsicher, was zu tun wäre. Heute weiß ich überhaupt nichts mehr. Aber zumindest bei mir entsteht daraus keine Resignation, ich versuche immer weiterzuwirken.

AZ: Du sagtest, die Gesellschaft sei eine andere geworden. Aber sie hat ja auch eine Geschichte. Gibt es überhaupt politische oder soziale Impulse aus der 68er-Bewegung, die heute noch eine Bedeutung haben?

Agnoli: Das ist eine sehr interessante Frage, denn die Frage müßte ich Euch stellen. Gibt es bei Euch noch diese Impulse, denn bei mir sind die Impulse nach wie vor da. Aber bei mir hat das keine Bedeutung. Die Frage ist also, ob etwas geblieben ist von diesen Impulsen. Ich kann es nicht beurteilen, erstens ist das von Land zu Land verschieden. Es hat eine Verschiebung stattgefunden und deshalb meine - ich will nicht sagen - Skepsis, aber mein Fragezeichen gegenüber dieser Studentenbewegung. Ist es nicht zum Beispiel so, daß die in Italien und Frankreich viel virulentere Arbeitslosenbewegung heute wichtiger ist, als eine Studentenbewegung hierzulande? Ob sich da nicht ein Potential entwickelt? Und da müssen die Studenten sich überlegen, ob das studentische Dasein sinnvoll ist für eine radikale Bewegung, für radikale Veränderung.

AZ: Aber es gibt ja gesellschaftliche Entwicklungen, wenn man diese 30 Jahre einmal Revue passieren läßt. Du sagtest, die Situation war 1965 verkrustet. Keiner hätte sich vorstellen können, daß etwas passiert. Und heute hast du gesagt, vielleicht ist es die Folge von '68, daß die Studenten sich überhaupt bewegen. Also, was für Impulse sind davon ausgegangen und was ist heute noch geblieben?

Agnoli: Ihr dürft nicht vergessen, daß '68 nicht auf der Straße begonnen hat. Die Vernunft ging zwar auf die Straße, aber begonnen hat die Sache in Wahrheit in ganz langwieriger Vorbereitungsarbeit. In Deutschland gab es die Kritische Theorie. In Italien fing es Anfang der 60er Jahre an. Dort hatte sich mit Unterstützung der Faschisten eine Regierung gebildet. Daraufhin gingen die Arbeiter, die Arbeiter wohlgemerkt, in Norditalien auf die Straße. Das war eine halbe Revolution. So fing es an. Da haben die Leute das Bewußtsein gewonnen, daß die Straße etwas bewirken kann. Aber als Begleitform, oder vielmehr nicht als Begleitform, sondern zusammenhängend damit gab es in Italien die ganzen Überlegungen in den Quaderni Rossi-Heften. Da wurden die "Grundrisse" von Marx wieder entdeckt, da wurde wieder die Frage nach dem revolutionären Subjekt gestellt: wer macht die Revolution?

Und das war in Deutschland genauso. Denn die Anfänge waren eigentlich ganz bescheiden. Am Anfang lautete die Frage: Kann man überhaupt etwas machen? Man hat sich keine Gedanken darüber gemacht, ob man Fensterscheiben einschlagen kann, ob man Tausende von Leuten auf die Straße bringen kann, sondern man hat angefangen sich Gedanken zu machen, wie das geschlossene System aufgebrochen werden kann, wo die Schwachpunkte dieses Systems sind. Und die Universität war in dieser Hinsicht ein Schwachpunkt: "Unter den Talaren der Muff von 1000 Jahren!" Es hat völlig universitär angefangen. Es ging um Bildung, um Beteiligung der Studenten an den universitären Entscheidungen etc. So fing es an. Und das ist vielleicht ein Gedanke, den man heute auch ein bißchen zur Kenntnis nehmen muß, der Anfang im Kleinem. Also vielleicht wäre es heute falsch - ich sage vielleicht, weil ich es genau nicht weiß - mit großen revolutionären Parolen anzufangen. Es ist wahrscheinlich viel besser, auch viel schwieriger, einen Weg zu beschreiten, der zugleich zwei Dinge erreichen soll: auf der einen Seite die Entwicklung, das Festhalten und die Ausbreitung dieses Gedankens, der radikale Veränderung, also auf deutsch Revolution meint. Und auf der anderen Seite nicht in die Falle des Reformismus hineinzugeraten. Denn die Gefahr ist sehr groß, daß man sagt, verändern können wir nicht, also verbessern wir. Nicht, daß das unberechtigt wäre: für diejenigen, denen es wirklich schlecht geht, ist viel gewonnen, wenn etwas verbessert wird. Aber erstens ist das Verbessern etwas prekär, und zweitens löst es das Problem nicht. Man kann sich Gedanken machen, ob eine Form von Existenzminimum vom Staat garantiert werden kann. Da ist viel gewonnen für diejenigen, die nichts haben. Aber zugleich ist das ist das ein mächtiges Integrationsinstrument. Nicht von ungefähr stammt in Deutschland die Sozialversicherung von Bismarck.

AZ: 1967 hast Du mit Peter Brückner zusammen die "Transformation der Demokratie" geschrieben und die politischen Herrschaftsmechanismen der repräsentativen Demokratie bürgerlicher Provinienz analysiert. Auch im "Staat des Kapital" geht es um die Rolle der politischen Macht in Nationalstaaten im Spätkapitalismus. Und zur Zeit erleben wir in Europa eine ganz andere Transformation der Demokratie, im Rahmen der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.

Agnoli: Nein, das Prinzip bleibt gültig. Es gibt auf jeden Fall eine politische Form, die die abhängigen Klassen aus allen Entschei-

dungsmechanismen entfernt. Wie sich das dann insitutionell umsetzt, das ist im Grunde relativ belanglos. Denn ich bin überzeugt, daß es in dieser Gesellschaft auch weiterhin freie Wahlen und alles mögliche andere geben wird, was unter Liberaldemokratie läuft. Nur wird es wie die sogenannte notwendige Fiktion noch mehr Fiktion sein als heute. Die Leute werden mitmachen, obwohl die Entscheidungen nicht mehr von ihnen gefällt werden. Aber insofern ist das, was dieses alte Buch meinte - es ist ja schon 30 Jahre alt -, das was weiterhin gültig ist, die Tatsache, daß die politische Form in einer kapitalistisch produzierenden Gesellschaft immer diese zwei Fragen lösen muß: Wie kann man die Massen politisch befriedigen und sie zugleich von allen Entscheidungen fernhalten. Das Problem bleibt nach wie vor bestehen. Der institutionelle Weg des bürgerlichen Verfassungsstaats war gewissermaßen eine geniale Erfindung und ich nehme an, daß man weiter nach dieser Formel vorgehen wird. Ralf Dahrendorf hat in einer italienischen Zeitung von der Gefahr zwar keines faschistischen Staates gesprochen, aber angesichts der großen Schwierigkeiten von der eines autoritären Staats. Aber dieser autoritäre Staat wird wahrscheinlich keine Konzentrationslager bauen. Wir hoffen es jedenfalls. Er wird sie nicht nötig haben, wenn er Konsens erreicht. Aber was ist die Funktion der Parteien heute? In ihrer ursprünglichen Fassung waren die Parteien die Übersetzer von gesellschaftlichen Bedürfnissen und Tendenzen des gesellschaftlichen Wollens ins Politische. Heute sind die Parteien die Organisatoren des allgemeinen Konsensus. Darauf reduziert sich ihre politische Aufgabe, und die werden sie nach wie vor haben.

AZ: 1968 war nicht bloß eine politische Bewegung, sondern wenn man so will, auch eine kulturelle Bewegung. Angeblich gab es eine kulturelle Revolution, und auch die 68er, die heute mit ihrer Vergangenheit hausieren gehen, sagen: Damals haben wir die Kultur in der Bundesrepublik verändert und verbessert. Hat sich für Dich auf der kulturellen Ebene tatsächlich eine fundamentale Veränderung ergeben, oder war das nur eine Art Modernisierung?

Agnoli: Ich akzeptiere das Wort Modernisierung. Ob sich wirklich etwas verändert hat und hoffentlich ins Bessere, das kann man nur beurteilen, wenn man weiß, wie die Atmosphäre vor '68 war. Davon könnt Ihr Euch keine Vorstellungen machen. Wenn Ihr von Repression redet heute, dann ist bei euch diese geschichtliche Erinnerung natürlich einfach nicht vorhanden. Ich war 1961 Assistent in Köln. Ich hielt damals einen Vortrag vor Studenten und sprach mich für die Anerkennung der DDR aus. In der darauf folgenden Woche war ich schon entlassen. Das war damals die Situation. Und kein Mensch hat sich darüber geärgert. Wohlgemerkt, das war gang und gäbe.
Als Kohl vor ungefähr zehn Jahren sagte, man müsse '68 rückgängig machen, dann wohl deshalb, weil die Konservativen festgestellt haben, daß tatsächlich etwas anders geworden ist. Die Frage ist, ist etwas Besseres daraus geworden, und da habe ich einige Zweifel. Nehmen wir die Universität als Beispiel. Was ist heute aus der Bewegung für die Demokratisierung der Universität und der Gesellschaft geworden? Inzwischen ist eine Verschulung der Universität eingetreten, die ihresgleichen sucht. Aus der Demokratisierung der Universität ist eine Bürokratisierung geworden. Ich kann es zwar von mir aus nicht genau beurteilen, aber ich nehme an, schon die Tatsache, daß wir heute darüber diskutieren können, ist ein Zeichen dafür daß sich etwas geändert hat. Autonome Zentren, das war Anfang der 60er Jahre undenkbar. In den 50er Jahren wäre die Polizei eingeschritten, aber nicht um Fensterscheiben zu schützen, das wäre unverständlich gewesen, sondern dagegen, daß sich so etwas bildet. Da stellt sich natürlich wiederum die Frage, ob das Substanz hat oder ob das eine andere Form von Selbstbestätigung ist.



AZ: Vielleicht ist es kein Verdienst, aber es ist zumindest ein Fakt, daß die '68er-Bewegung - das ging dann weiter in der Autonomenbewegung - den Slogan "Das Private ist politisch" geprägt hat. Es ging darum, Politik in der ersten Person zu machen. Das hat zu einem weiten Politikbegriff geführt. Das heißt, daß eben nicht nur Programme und Theorien unter den Politikbegriff fielen, sondern auch die Lebensweise als ein Politikum gefaßt wurde. Das hat ja zumindest die autonome Bewegung und die Frauenbewegung sehr entscheidend ausgezeichnet. Die Frage lautet: Wie ist das von heute aus zu beurteilen!?.

Agnoli: Moment, zunächst einmal eine kleine Korrektur: Daß das Private politisch sei, ist eine deutsche Erfindung. Denn weltweit hieß es: "Das Persönliche ist politisch", nicht das Private. Wenn das Private politisch ist, dann ist auch das Privateigentum zu schützen. Das Persönliche ist politisch, das bedeutete den Einbruch der Subjektivität in die Politik. Nun, was heißt Politik? Die Frage ist wichtig: Ich meine, das ist ein sehr zweideutiger Begriff. Zum einen kritisiere ich die Politik. Nehmen wir den Marxschen Begriff: hier ist Politik die Herrschaft des Menschen über den Menschen. Auf der anderen Seite bin ich aber auch für Politisierung.
Man muß also an diesem Begriff zwei Dinge sehr scharf unterscheiden. Zum einen die Politik als Herrschaftssystem und zum anderen Politik verstanden als Negation der Herrschaft. Das ist aber keine Politik im klassischen Sinne, das ist Antipolitik. Bei dieser Antipolitik besteht die Gefahr, daß anstelle der Politisierung die Privatisierung eintritt. Das scheint mir so eine allgemein Tendenz zu sein, in der sogenannten Postmoderne. Das Café ohne Zukunft; alles ist privat. Mit diesem Widerspruch müssen wir uns abfinden. Auf der einen Seite die Politik kritisieren, auf der anderen Seite wissen, daß man die Leute politisieren muß. Aber was heißt politisieren? Vergessen wir nicht, daß politisieren im klassischen Verständnis mehr Beteiligung an den Wahlen bedeutet. Das heißt im Grunde: Anerkennung des Systems. Und das wollen wir nicht. Insofern ist die von mir gemeinte Politisierung Antipolitik, wenn man unter Politik erstens das Konsenssystem und zweitens die Festigung der Institutionalisierung versteht.
Zu den Autonomen: Es gibt da Schwierigkeiten mit dem Begriff, denn in Italien ist die Autonomiebewegung im Arbeitermilieu entstanden, in Deutschland ist sie das Produkt von Lehrern, Intellektuellen, Klein- oder Großbürgern, hat also eine ganz andere Bedeutung. Ich habe einmal irgendwo gesagt, die machen alles falsch, die Autonomen, aber sie geben Hoffnung. Ich meine das in dem Sinne, daß wahrscheinlich die Perspektive falsch ist, aber wenn schon in dieser Gesellschaft ein Element des Bruchs vorhanden ist, dann ist das diese Autonomiebewegung. Ihr macht alles falsch, aber das ist sozusagen ein Funke Hoffnung. Die Autonomen als die Realisierung des Prinzips Hoffnung von Ernst Bloch in einer wieder geschlossen gewordenen Gesellschaft.
Die Kritik am utopischen Sozialismus war richtig, aber wahrscheinlich sind wir geschichtlich und gesellschaftlich in eine Situation geraten, in der der einzige Ausweg aus der Aporie, aus der Auswegslosigkeit in der Utopie besteht; es gibt keinen anderen Ausweg. Oder man paßt sich an und ist glücklich darin, als angepaßter Mensch.

Das Interview wurde am 26. April 1998 vom Autonomen Zentrum Marbach a.N. geführt.

Für das Leben und die Freiheit von Mumia Abu-Jamal

Am 29. Oktober hat das oberste Gericht von Pennsylvania die Wiederaufnahme des Verfahrens von Mumia Abu-Jamal abgelehnt. Wie schon 1995 hat der Gouverneur Ridge angekündigt einen neuen Hinrichtungsbefehl sofort zu unterzeichnen. In den folgenden 30-90 Tagen kann Mumia eine Aussetzung der Hinrichtung beantragen, die aber nicht garantiert ist. Sein Leben ist also unmittelbar in Gefahr.
Schon 1995 war sein Hinrichtungestermin festgelegt worden, konnte aber auf Grund von weltweiten Protesten nicht vollstreckt werden. Auch in Deutschland gingen damals Tausende Menschen auf die Straße. Allein in Berlin gab es eine Demo mit über 5.000 TeilnehmerInnen.

Im Sommer 1982 wurde Mumia in einem vollkommen unfairen Prozeß wegen Polizistenmordes zum Tode verurteilt. Er hatte am 9. Dezember 1991 versucht seinem Bruder zu iHHilfe zu kommen, als dieser bei einer Verkehrskontrolle von einem weißen Polizisten zusammengeschlagen wurde.
Bei der dadurch entstanden "Rangelei" erlitt Mumia einen Bauchschuß und ein Polizist kam ums Leben. Mumia wurde als dessen Mörder angesehen.
Während des Prozesses wurde die Zusammensetzung der Geschworenen manipuliert, ZeugInnen massiv von der Polizei bedroht und eingeschüchtert und entlastende Beweise würden nicht untersucht bzw. unterschlagen (z.B. hatte das Geschoß, das den Polizisten tötete ein anderes Kaliber als Mumias Pistole).
Zudem war der Vorsitzende Richter Sabo Ehrenmitglied der rechtsradikalen Polizeigewerkschaft FOP, die den gesamten Prozeß mit einer rassistischen Hetzkampagne gegen Mumia begleitete und auch heute noch vehement seinen Tod fordert.

Seit 16 Jahren sitzt Mumia inzwischen unter teilweise unvorstellbar schlechten Bedingungen in einer Todeszelle, seit der Ablehnung seines Wiederaufnahmebegehrens in Isolationshaft – ohne persönliche Habe oder Kontakt zu anderen, außer selten zu seinem Anwalt.
Dieser hat inzwischen etwa 300 Seiten mit entlastenden Beweisen, ZeugInnen und Versäumnissen zusammengetragen, die aber bisher noch keine Beachtung fanden.
Diese Tatsache zeigt einmal mehr, daß es den Herrschenden keineswegs um Wahrheitsfindung geht oder ihnen an einem fairen Prozeß für Mumia gelegen ist. Vielmehr wird deutlich, daß ein politischer Gegner zum Schweigen gebracht werden soll.
Mumia war durch seine kritische, politische Berichterstattung, bei der er immer wieder die rassistische Brutalität der Polizei entlarvte und sich für dir Rechte der Schwarzen einsetzte den Herrschenden schon lange eine Dorn im Auge. Hinzu kam seine Mitgliedschaft in der "Black Panther Party" während seiner Jugend und die Unterstützung von MOVE.
Als "Voice of the Voiceless" erlangte er Berühmtheit, der er es wohl zu verdanken hat, daß er nicht unbemerkt von der Öffentlichkeit ermordet werden konnte. Auch in der Todeszelle hat er nie aufgehört, für seine Überzeugung zu kämpfen. So schrieb er zwei Bücher und auch ein Film entstammt dieser Zeit.

Doch nun scheint es nur noch eine Frage der Zeit zu sein, wie lange Mumia sich noch für die Rechte anderer einsetzen kann. **Wir dürfen nicht zulassen, daß Mumia wegen seiner politischen Überzeugung Opfer von rassistischem staatlichem Mord wird.** Denn dann könnten auch weitere politische Gegner ganz legal vernichtet werden.
Der Druck auf die Verantwortlichen in den USA muß verstärkt und seine Hinrichtung dadurch unmöglich gemacht werden.
Ein kleiner Schritt dahin wurde bereits unternommen. So gab es nach Verkündigung der Ablehnung seines Wiederaufnahmebegehrens Proteste in mehreren Ländern – denen hoffentlich noch viele folgen werden.

Deshalb beteiligt euch an Aktionen!

Weg mit der Todesstrafe in den USA und überall auf der Welt!

Aktionswoche gegen die Ermordung von Mumia:
5.12. Staffellauf um die Alster
8.12. Film: "Hinter diesen Mauern" 20.00 Café Knallhart in der HWP
10.12 50ster Jahrestag der Deklaration der UNO – Menschenrechte. Hängt Transpis mit aktuellem Bezug aus Wohnungen, Geschäften, Cafés.
12.12 Musikalische Lesung: Leila Haas liest aus Mumias Büchern und wird dabei von einem Saxophon begleitet

Mumia Abu-Jamal Café und **Volxküche** an jedem 3. und 5. Mittwoch im Monat in der B5 ab 18 Uhr.
Treffen des Solidaritätsbündnisses jeden Montag 20 Uhr in der B5.

Bücher:
Von Mumia Abu-Jamal:
- Aus der Todeszelle
- Ich schreibe, um zu leben

Leonard Weinglass (sein Anwalt):
- Freiheit für Mumia

Spendenkonto: Dr.H.-J.Schneider
HASPA, Kt.Nr.:1045798319
Blz.:20050550
Stichwort: Free Mumia Abu-Jamal

Für das weltweite Treffen für die Freiheit politischer Gefangener in Berlin

Ostern 1999, an vier Tagen wird es in Arbeitsgruppen und Diskussionsveranstaltungen um gegenseitige Information und Fragen der Solidarität gehen: Politische Gefangene in Friedensverhandlungen und unter Verträgen (Palästina, Nordirland), im Krieg (Kurdistan/Türkei, Kolumbien, Peru), nach Militärdiktaturen (Chile, Argentinien, Brasilien, Südkorea, Philippinen), in den Industriemetropolen nach dem vorläufigen Ende bewaffneter Fundamentalopposition (Italien, BRD). Wie ist die Lage der politischen Gefangenen und was ist zu tun? Was ist die Antwort auf die Zerstörung von Würde und Identität? Was ist Moral und was ist Recht? Was verlangt internationale Solidarität heute? Dazu eingeladen sind VertreterInnen aus Befreiungs-, Menschenrechts- und Angehörigenorganisationen, Anwaltsvereinigungen und Basisgruppen.
Zur Vorbereitung hat sich ein internationales Komitee konstituiert, dem Organisationen aus dem Baskenland, der Türkei/Kurdistan, Palästina, aus Italien und der bundesdeutschen „Libertad!"-Initiative angehören.
Die Konferenz soll den Beginn einer verstärkten internationalen Zusammenarbeit markieren, um gemeinsam und koordiniert durch gegenseitige Unterstützung, Hilfe und Solidarität die Bedingungen für die Freiheit und den Schutz politischer Gefangener weltweit zu verbessern. Internationaler Kampf braucht Diskussionen und den Austausch von Analysen, Erfahrungen und Perspektiven.
Um das Treffen in Berlin zwischen dem 1. - 5. April 1999 realisieren zu können, sind die OrganisatorInnen auf beträchtliche finanzielle Unterstützung zur Deckung der zu erwartenden Kosten (Tagungsstätte, Übernachtungen, Verpflegung, Übersetzungsanlagen, Informationsmaterial, Anreisekosten etc.) angewiesen. Diejenigen, die das Treffen vorbereiten, werden weder bezahlt, noch bezahlen sie sich selbst. Die Spenden dienen ausschließlich zur Deckung der Kosten.
Spendenkonto: Libertad! bei Ökobank Frankfurt, BLZ 50090100, Konto 1021581 1, Stichwort „Konferenzspende"
Weitere Informationen bei Libertad!, c/o „3.Welt"-Haus, Westerbachstr. 47/H3, 60489 Frankfurt.

Lästiger Öcalan

Die Luft ist dünner geworden um Abdullah Öcalan, den Vorsitzenden der Partei der Arbeiter Kurdistans (PKK). Nach neunzehn Jahren im syrischen Exil mußte er Damaskus verlassen und nach Moskau fliegen, wo er dann trotz eines Votums durch das russische Parlament ebenfalls nicht bleiben konnte. Warum Öcalan praktisch der Boden unter den Füßen weggezogen wurde und er jetzt sein Glück mit einem Asylantrag in Rom erneut versuchen mußte, erzählte am 6. November Baki Ilkin, der türkische Botschafter in den USA, einigen türkischen Journalisten: Bill Clinton habe persönlich den syrischen Präsidenten Hafis al-Assad angerufen, um die Ausweisung Öcalans zu erreichen. In Moskau habe zwar nicht Clinton persönlich, aber immerhin die US-Botschaft interveniert.

Daß sich die Weltmacht USA plötzlich tatsächlich für die Interessen ihres Verbündeten am Bosporus stark macht, hat einen triftigen Grund: Öcalan stört ihr kurdisches Experiment im Nordirak. Die Wiederbelebung des kurdischen Regionalstaates im Nordirak eröffnet den USA die Möglichkeit, wieder eine Basis zur Destabilisierung des Saddam-Regimes im Irak einzurichten; diese hatten sie 1996 verloren, als Saddam Hussein gemeinsam mit dem Kurdenführer Massud Barzani die kurdische Hauptstadt Erbil eroberte. Doch die Perspektive eines kurdischen Regionalstaates, mit der die USA die verfeindeten kurdischen Parteien von Barzani und Djalal Talabani wieder zusammen- und auf ihre Seite gebracht haben, ist nur möglich, wenn wenigstens ein Nachbarland mitspielt - und dies kann nur die Türkei sein. Der sind aber Experimente mit kurdischer Selbstverwaltung, die ja auch im eigenen Land Begehrlichkeiten wecken könnten, suspekt. Mit Öcalan in türkischer Haft könnte, so die Kalkulation, Ankara dem kurdischen Regionalstaat schon eher etwas abgewinnen.

Auch auf Italien üben die USA daher diplomatischen Druck aus, um die Auslieferung Öcalans an die Türkei zu erreichen. Vor allem aber tut dies die Türkei selbst. Die Türkei, versicherte der nach Rom geeilte türkische Aussenminister Ismail Cem, werde bald das Auslieferungshindernis Todesstrafe beseitigen, indem sie die Todesstrafe, die seit 1984 nicht mehr vollstreckt wurde, einfach abschafft. Dazu müssen praktisch über Nacht dutzende von Gesetzen geändert werden.

Trotzdem scheint der Asylantrag Öcalans Aussicht auf Erfolg zu haben. Allerdings muß er eine Auslieferung nach Deutschland fürchten. Dort ist die PKK zwar nicht mehr als «terroristische», aber immer noch als «kriminelle Vereinigung» verboten. Mit der Auslieferung nach Deutschland droht aber der rot-grünen Regierung noch mehr Ungemach als Rom, das sich mit seinem vermutlich ungebetenen Gast herumschlagen muß.

Einerseits könnte ein auch von Bonn abgelehntes Auslieferungsbegehren der Türkei dazu führen, daß dem Scherbenhaufen, welchen die Regierung Kohl angerichtet hat (als sie die Türkei auf den letzten Platz der Liste möglicher EU-BeitrittskandidatInnen setzte), bald neue Bruchstücke hinzugefügt werden. Andererseits droht im Falle einer Auslieferung an die Türkei beziehungsweise einer Aburteilung Öcalans durch ein deutsches Gericht der Alptraum deutscher Innenpolitiker: In dem Land mit der größten Anzahl kurdischer und türkischer EinwohnerInnen in Europa käme es dann vermutlich zu größeren Straßenschlachten zwischen KurdInnen und der Polizei oder zwischen kurdischen und türkischen DemonstrantInnen und dazu vielleicht noch zu Anschlägen und Selbstverbrennungen. Die Opposition könnte mit solchen Bildern die „Ausländer-raus"-Stimmung anheizen (soweit das nicht Innenminister Otto Schily schon erledigt) und gegen die Änderung des Staatsbürgerrechts - den einzigen großen Wurf der neuen Regierung - mobilisieren. In Bonn überlegen es sich die Zuständigen daher zweimal, ehe sie die Bundesanwaltschaft einen Auslieferungsantrag wegen Abdullah Öcalan stellen lassen.



Außer über das Schicksal der Person Abdullah Öcalans wird mit dem Entscheid über Asylantrag und Auslieferungsbegehren in Rom auch nebenbei über eine grundsätzliche Frage entschieden: Ist Öcalan der Vertreter einer unterdrückten Nation, die sich in einem gerechten Befreiungskampf befindet? Ist er damit einer, der vor allem wegen einer politischen Sache verfolgt wird? Oder ist er einfach der Chef einer «kriminellen Organisation», die Gesetze verletzt hat und vor der man hauptsächlich die in Deutschland lebenden KurdInnen in Schutz nehmen muß, weil sie Abweichler bestraft und Schutzgeld einsammelt, wie das die deutschen Strafverfolgungsbehörden behaupten? Oder ist er nichts weiter als ein türkischer Verräter, Terrorist und Massenmörder?

Als solchen will ihn die Türkei vorführen, und deshalb will und muß Ankara ihn unbedingt haben, denn schon schwant türkischen Kommentatoren, daß Öcalan zwar von Rom aus seine Leute im Nahen Osten weniger gut leiten kann, dafür aber eine viel bessere Bühne hat. Der als PKK-Sympathisant völlig unverdächtige Ilnur Cevik von der „Turkish Daily News" schrieb bereits, daß man eigentlich schleunigst die türkische Armee wieder an der syrischen Grenze aufmarschieren lassen sollte, um Assad zu zwingen, Öcalan zurückzunehmen. Andererseits sind PKK und ihre Guerilla in der Person des Abdullah Öcalan verwundbar, denn er ist ihr organisatorisches und emotionales Zentrum. Damit kommt die PKK auf ihre Weise dem Bild nahe, auf welches der türkische Staat das „Kurdenproblem" gern reduziert sehen möchte: nämlich auf das Werk eines einzigen Menschen, der der PKK ein „nationaler Führer" ist, dem türkischen Staat aber ein großer Krimineller. In dieser Logik machen türkischen Zeitungen Öcalan verantwortlich für 30 000 oder 40 000 Ermordete, also für alle Toten auf beiden Seiten des Konflikts. Genau dieser Logik folgen aber die kurdischen DemonstrantInnen, deren Parole nicht etwa «Freiheit, Frieden, Brot» lautet, sondern «Es lebe der Führer Apo!» - so, als käme es nur auf Abdullah Öcalan an

Jan Keetman
(aus WoZ - Nr.47 vom 19.11.1998)

Mobbing im Sozialamt Altona

Bei über 600 Menschen ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt eingestellt

Das Sozialamt Altona ist Vorreiter bei Schikanierungen und dem Verteilen von Einstellungsbescheiden gegenüber SozialhilfeempfängerInnen, sich gefälligst eine billigere Wohnung zu suchen. Der Bezirk hat keine Lust mehr den freien Mietwucher zu bezahlen. Doch leider werden nicht Hausbesitzer enteignet, wird nicht der Mietenspiegel gesenkt oder zum Mietstreik aufgerufen. Statt dessen wird frei marktwirtschaftlich gedacht. Sollen die SozialhifeempfängerInnen doch schauen, wo sie bleiben. Irgendein billiges Loch wird sich ja doch auftun und wenn nicht: Selber Schuld, wird die Zahlung eben eingestellt! Doch die Senkung des Höchstmietsatzes ist nicht die einzige Schweinerei des Sozialamtes Altona. In einer einzigartigen Maßnahme wurde seit August 98 bei über 600 SozialhilfeempfängerInnen die ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt eingestellt. Ergänzende Hilfe heißt, Du bekommst z.B. 400,-dm Arbeitslosenhilfe, die natürlich zu wenig zum Leben sind, daher übernimmt das Sozialamt die Erhöhung auf Deinen Anspruch (z.B. 875,-dm). Diese ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt ist für die BezieherInnen äußerst wichtig und ermöglicht vielen erst über die Runden zu kommen.

In der unnachahmlichen Logik des Sozialamtes Altona wurde im August diesen Jahres diese Hilfe generell für alle BezieherInnen eingestellt. Begründung: Wer arbeiten wolle, könne auch eine geringbezahlte Arbeit finden (z.B. Werbeblätter verteilen), die ausreiche, um aus dem Sozialhilfesatz zu kommen. Wer nicht arbeitet, komme automatisch seiner Pflicht nach eigenen Bemühungen nicht nach und damit sei auch der Anspruch auf Sozialhilfe verwirkt. Kurz: Wer ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt benötigt, hat sich allein durch den Bedarf den Anspruch verwirkt. Bei Menschen, die noch geringe Einkommen haben, ist die Hoffnung des Bezirksamtes eben groß, daß diese sich eine solche Behandlung gefallen lassen. Besonders ältere Menschen oder MigrantInnen finden sich im Ämterdschungel oft nicht so gut zurecht, so daß sie Ansprüche verfallen lassen oder Widerspruchsfristen nicht einhalten. Mit solchen Umständen wird ganz offen gearbeitet, um die Anzahl von Sozialhilfeberechtigten möglichst klein zu halten. Deshalb ist es wichtig immer wieder zu sagen:

Legt grundsätzlich Widerspruch ein, wenn Euch Gelder vorenthalten werden!

Die vielen Widersprüche von Betroffenen, die gegen die Einstellung der ergänzenden Hilfe eingegangen sind, wurden im weiteren vom Sozialamt allerdings erstmal verschleppt. 2-3 Monate später (!) wurde dann an Widerspruchsführende erstmal ein Brief verschickt, in dem diese darauf hingewiesen wurden, daß ihr Widerspruch sowieso keine Aussicht auf Erfolg habe und sie ihn besser einstellen sollten um keine unnötigen Kosten zu verursachen. Es wird wohl versucht, viele Widersprüche schon vorab abzubügeln, um die Betroffenen den Mut verlieren zu lassen, damit sie ihre berechtigten Ansprüch3e aufgeben.

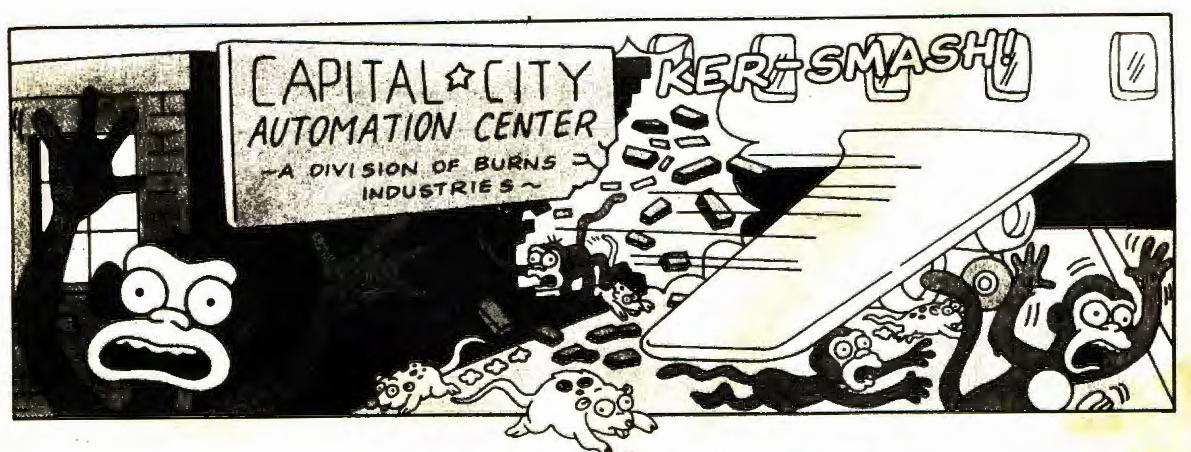
Laßt Euch auf keinen Fall beschwatzen, bleibt beim Widerspruch. Alleinschon, um später die Möglichkeit einer Klage zu haben!

Auf jeden Fall scheint sich aber anzudeuten, daß der Rechtsausschuß im Bezirk Altona die generelle Einstellung der ergänzenden Hilfe zum Lebensunterhalt für in Ordnung erklären wird. Eine Klage vorm Verwaltungsgericht ist dann der nächste formelle Schritt um Ansprüche durchzusetzen. Eine solche Klage dauert allerdings evtl. auch so ein bis zwei Jahre. Wovon die Kläger inzwischen leben sollen, bleibt ihnen selbst überlassen. Rückwirkend können im Normalfall sowieso keine Ansprüche mehr geltend gemacht werden. Das heißt: Wenn das Sozialamt Dich zu Unrecht bescheißt, dann hast Du halt Pech gehabt. Andererseits kann das Sozialamt selbst seiner Meinung nach zu Unrecht bezahlte Gelder auch nachträglich zurückfordern. Soziale Gerechtigkeit wird im liberalen rot/grün-regierten Hamburg eben großgeschrieben. Insbesondere im ach so alternativen Bezirk Altona, dessen Sozialamt die Vorreiterrolle bei repressiven Programmen bei SozialhilfeempfängerInnen innehat.

Versucht auf jeden Fall, eine einstweilige Verfügung auf Fortzahlung Eurer Sozialhilfe wegen besonderer Härte einzuleiten sobald Ihr gegen die Ablehnung eines Widerspruchs klagt.

Von Monat zu Monat werden solche unerträglichen Programme auf den Sozialämtern mehr und mehr. Zwangsarbeit, Überwachung von Stellengesuchen mit Horrorauflagen, rassistische Kürzungen für AsylbewerberInnen, generelle Kürzungen für AsylbewerberInnen, generelle Kürzungen und im Zuge dieser Maßnahmen auch immer mehr völlige Einstellungen der Sozialhilfe. Auch auf den Arbeitsämtern werden immer wieder Kürzungen und Sperren ausgesprochen. Anstatt Arbeitslosen und SozialhilfeempfängerInnen ihre Ansprüche auszuzahlen wird mit fast schon krimineller Energie versucht, Menschen für saubere Statistiken in die Armut zu drängen. Statt Einsparungen beim aufgeblähten Überwachungsapparat, bei Privatschnüfflern, die angeblichen Mißbräuchen nachspüren oder bei Amtsschimmeln, die ihre Zeit mit Zwangsarbeitsprogrammen verschwenden, wird versucht bei den vermeintlich Schwächsten öffentliche Gelder einzusparen. Damit auch in Zukunft Aktiengewinne oder Millionäre nicht besteuert werden müssen, Reiche reicher werden und Arme da bleiben, wo sie hingehören. Aber nicht mit uns, wir wollen unsere Knete!

(leicht gekürzt nach einem Flugblatt von „Erwerbslose(n) Autonome". Mustertexte und Hinweise für Widersprüche findet ihr im Schwarzmarkt-Ordner)



Hamburg rockt und rollen muß nicht vorwärtskommen heißen

Der Weg zum Erfolg ist steinig (einhellige ExpertInnenmeinung), daß er sich aber aus so vielen Kilometern Asphaltband, nur gelegentlich von schlammigen Wiesen unterbrochen, zusammensetzt - das oft beschworene Bild der Betonköpfe wird an dieser Stelle nicht benutzt und taucht nur deshalb auf - hätten wir selbst in unseren kühnsten Alpträumen nicht gedacht.
Wir - der mobile Wagenplatz »Ich hab Dir nie einen Dosengarten versprochen«. Seit dem 28.September befinden wir uns auf Realitäsflucht durch Hamburg und haben es bis jetzt - Mitte November - zu wahrhaft 17 Zwischenstopps - auch gerne »Besetzungen« genannt - gebracht. Diese führten uns in sämtliche Bezirke dieser Stadt (außer Bergedorf) und setzten sich zusammen aus Brachflächen, Parkplätzen, Grünanlagen vor Bezirks- bzw. Ortsämtern, Kleingartenanlage, schön bestehende Wagenplätze, Parks, Unicampus, Kirchengelände ...
Und das natürlich nicht aus Spaß und Abenteuerlust, auch wenn uns dies von etlichen Amtshoschis unterstellt wurde. Vielmehr haben uns die jeweiligen Bezirksämter (im folgenden DIE genannt) in Berufung auf das »Hamburger Wohnwagengesetz« mit Räumungsverfügungen überschüttet, in welchen uns Geldstrafen und/oder das Einziehen unserer Wagen angedroht wurde.
Dieses Gesetz aus den 5Oern besagt u.a. »... das Beziehen von Wohnwagen als Wohnung ... sowie das Aufstellen und Überlassen von Wohnwagen zu diesen Zwecken« ist »nicht zulässig«. »Unzulässig ist ferner, ein Grundstück zum Aufstellen eines Wohnwagens einem anderen zu überlassen«.
Es wurde erlassen um eine rechtliche Grundlage für die Vertreibung von v.a. Sinti und Roma aus Hamburg zu schaffen. In den, zwischen Skurilität und Widerlichkeit schwankenden, Disputen mit den jeweils diensthabenden BezirksamtsfunktionärInnen entblödeten sich diese auch des öfteren nicht, auf die Gefahren welche durch eine Duldung von uns entstehen würden, hinzuweisen: wir könnten uns vermehren, »Zigeuner« und »polnische Wanderarbeiter« anziehen, es würden »unhaltbare hygienische Zustände« entstehen, kurz die Gefahr der »Verslumung« bestünde.
Aber da wir im liberalen Hamburg leben, empören sich auch deutsche MitbürgerInnen über soviel Ignoranz und Dummheit - schließlich seien wir doch eigentlich ganz nett, bestimmt nicht wie »die Zigeuner« oder »die da aus dem Asylantenheim nebenan« - zack, so einfach wieder in den deutschen Volkskörper aufgenommen.
Tja, und was tut die Regierung gegen das alles?
Zwar ist im Koalitionsvertrag zwischen GAL und SPD in HH von einer »Novellierung des Wohnwagengesetzes« die Rede, aber nun ja, das dauert, deutsche Amtsmühlen, gereinigt vom grünen Sand im Getriebe, mahlen halt immer noch langsam, da hilft auch kein Sonnenblumenöl. Bzw. wohl sowieso umgekehrt, nix knirscht, alles läuft wie geschmiert. Und so wird es wohl bei mehr oder minder lautstarken Bekundungen seitens der GAL bleiben - immer dann wenn Deppen wie wir rumnerven, sowieso ein »politisch ungünstiger Zeitpunkt«, wie rücksichtslos von uns.
Das ist ja nun auch alles nichts neues und wäre vielleicht sogar egal, wenn es nicht so eklige Folgen, nicht nur für uns, hättte. Da die Novellierung innerhalb des nächsten halben Jahres stattfinden soll (so ist seit einem, zwei(?) Jahren zu hören), gibt es keine neuen Plätze vorher. (Einsehbar, wir sollten uns vielleicht mehr gedulden, dann geht alles seinen geordneten Gang; ist ja auch echt schön schwierig für die Bezirke bei so einer Rechtslage mit den unzähligen anderen Wagenplätzen zurechtzukommen, wahrscheinlich haben schön alle RechtsdezernentInnen Alpträume vor lauter Gewissenskonflikten.)
Hm, eigentlich echt kein Grund zum Lachen, mitzuerleben wie wir als »Problem« behandelt, nicht ernstgenommen werden, uns - unverschämter geht's kaum noch - Sozialwohnungen angeboten (-droht) werden. Schön in der Presse, damit alle lesen konnen, daß in Hamburg kein Mensch obdachlos sein muß. Daß Menschen freiwillig im Wagen wohnen wollen is ja nu wirklich Quatsch, wie können wir nur soviel Fürsorge ausschlagen, scheinbar wollen wir's ja doch nicht anders, jaja wir war'n ja alle mal jung, Spaß muß sein und so ein bißchen Abenteuer, na und so wie wir aussehen ist unser Hauptvergnügen eh, sie (DIE) zu ärgern (Mo-Fr 5.00-16.00, Wochenende ist frei)
Aber da wir in Hamburg leben gibt es auch keinen Knüppel auf'n Kopp. Nein immer schön lächeln ist bei allen HoheitsträgerInnen angesagt, wobei die Cops das eindeutig besser draufhaben als die Zivilschergen vom Bezirk. Echt voll mies, lassen uns überall rauf, regeln sogar den Verkehr für uns und am nächsten Tag die Räumungsverfügung - uns die Arbeit, denen das Vergnügen. Mürbekeks.
Da nützt uns auch »die öffentliche Meinung« und die Darstellung in den Medien nichts, wir sind zwar die ganze Zeit die Guten, Foto, lächel, laber, ein wenig skurril aber alles in allem ganz nette junge Leute. Das ist zwar schön, aber auch egal und nicht mal Geld gibt's für im Fernsehen sein.
Schluß mit dem analytischen Teil - zurück zur Jetztzeit. Am 11.November gab es eine Bauwagendemo, in deren Anschluß uns mit einem gelungenem Coup die Reintegration in die Szene gelang - schwuppdiwupp rin in Schanzenpark, in den Augen, in den Sinn, das Viertel hat uns wieder. Zwar ziemlich schnell auch nicht mehr im Schanzenpark sondern vor'm Laue inner Ludwigstraße. Tja, mitten im Herzen des Widerstands, was daraus folgt? Hm.Großes Rätsel, wenn Ihr das jetzt lest, wissen wir alle mehr oder auch nicht. Was wohl absehbar ist, ist daß DIE uns von sich aus keinen Platz anbieten werden (wohl nicht mal einen Überwinterungsplatz), wäre wohl auch zu seltsam. Für uns heißt das, daß wir immer noch nicht wissen, wann dieser Nerv ein Ende hat, wahrscheinlich dann wenn wir aufgeben (siehe Mürbekeks). Dummerweise geht das nicht, weil leben (besser: wohnen) müssen wir irgendwo, Und außerdem auch noch zusammen. Aber wie gesagt, wenn Ihr das lest ist eh schon alles anders und vielleicht auch alles gut.
Vielleicht klappt's auch, die Geschichte durch Schaffung von Tatsachen, aus der Vergangenheit in die Zukunft hinein und wieder zurück, zu verändern. Dies erfolgt jetzt, Achtung!:
Herzlichen Dank an Euch alle, die Ihr uns in den letzten zweieinhalb Monaten geholfen habt. Vor allem durch die vielfältigen, tollen und ideenreichen Aktionen in den letzten zwei Wochen haben wir es geschafft, einen Platz zu erkämpfen - dies wäre ohne Eure Unterstützung sicher nicht so schnell geschehen. Und wieder einmal hat sich bewahrheitet - wo ein Wille ist, ist auch ein Weg denn es ist noch nicht aller Tage Abend.

Dezernat für Öffentlichkeitsarbeit der mobilen Aktionseinheit für Tatsachenschaffung »Ich hab Dir nie einen Dosengarten versprochen«

Aktueller Stand:
Am Montag dem 23.11. zog ein Teil des Dosengartens neben die Flora und verblieb vorerst dort trotz Unmutsäußerung des Bezirksamtes. Am Dienstag gab es eine Demo mit 80 TeilnehmerInnen von der Sternschanze ins Karolinenviertel gegen die Räumungsdrohung.
Am Donnerstagmorgen um 9 Uhr wurde der neue Bauwagenplatz von der Polizei geräumt.

Schwarzer Hahn Lensian

Wendländisches Tagungs- und Gästehaus

- 14 Betten in Ein- bis Drei-Bett-Zimmern
- Selbstversorgung, Teil- oder Vollverpflegung
- Übernachtung 15,--/ 18,-- DM pro Person
- Seminarraum, Küche, Aufenthaltsräume, Duschen, großer Innenhof
-

Kulturverein 'Schwarzer Hahn' e.V.
Am Rundling 1
29462 Lensian
Telefon: 05843/241
Fax: 05843/1413
e-mail: schwarzer-hahn@t-online.de






ADELANTE

■ Stadt- Nah- u. Fernumzüge ■ Büroumzüge ■ Beiladungen ■ Packservice ■ Behördenabrechnungen ■ Kartonverkauf

BERNSTORFFSTR. 117
22767 HAMBURG
TELEFON & FAX
040/43 25 16 17





Frühstücken SONNTAGS VON 11-18 UHR

UNTER EINEM ANDEREN STERN

Rundstücken NACH LANGER NACHT

Spätstücken



im FRITZ BAUCH

Imbiß International

Schulterblatt 69
20357 Hamburg
(früher: Weiße Ecke)

Viel PC für WENIG Geld!

Bücher, Broschüren und Archiv zu folgenden Themen:

- Feminismus • Antifaschismus
- Internationalismus • Europa
- Umstrukturierung • Rassismus und Anti-Rassismus • Patriarchat
- Knast und Repression • Anarchismus
- Kommunismus • Anti-AKW
- aktuelle Infos

Buch- und Infoladen **Schwarzmarkt**
Kl. Schäferkamp 46 20357 HH
fon:040.4460[illegible] fax:040.4108122

Mo., Mi., Fr., von 14.00 - 19.30 Uhr
Sa., 12.00 - 15.00 Uhr Jugendtag

Ihr könnt euch außerdem selber Material für Büchertische zusammenstellen



Veranstaltungsprogramm Dezember:

1.12., Dienstag	Dubcafe mit Weed Acoustix	**ca. 18.00h**
3.12., Donnerstag	Vollmond Orchester, Eintritt frei	**21.00h**
5.12., Samstag	Allesfliessstsoundsystem Minimal-Phatt-Acid & Electric-Ambiente-Noize	**22.00h**
7.12., Montag	Eterntreff! (s.Kurzmeldung)	**16.00h**
8.12., Dienstag	Dubcafe mit I-Livity Sound	**ca. 18.00h**
10.12., Donnerstag	Konzert: „embryo“ und „tri`o`“ Sie sind bereits in Woodstock-Tagen aufgebrochen und noch immer unterwegs: Embryo bietet eine experimentelle Reise quer durch die Weltmusik, mit eigens konstruierten Musikinstrumenten zelebriert die Gruppe keine Musikrichtung, sondern eine Lebensform. Unterstützt wird das Ereignis von der russischen Jazzformation „tri`o´“	**21.00h**
11.12., Freitag	HC-Konzert mit Monochrome + support	**21.00h**
12.12., Samstag	X-Loop Part Two Alternative Rock, Brit, Pop, Trip Hop & Big Beat	**22.00h**
14.12., Montag	Cafe 1.Stock: Staatsterrorismus & Repression	**18.00h**
15.12., Dienstag	Dubcafe mit Roots Commandment + Selectronic	**ca.18.00h**
18.12., Freitag	Schlump Vibration-Meditation II feat. Weed Acoustix Die zwei Hamburger Soundsystem roggen die Flora! Roots and Brazzomatical Style - Jamaican + UK Dub. Special: Live Melodica und Präsentation erster selbstproduzierter Tunes. Kuchen umsonst für die ersten 20 Gäste!	**23.00h**
19.12., Samstag	Spektralscreening-first floor: DJs Masha, Chrischan, Sebastian Bach, Liquid Live: Bodh Gaya. Basement: DJ Scorpio-Team, Tee-Lo	**22.00h**
22.12., Dienstag	Dubcafe mit King Step Hifi	**ca.18.00h**
24.12.. Donnerstag	??????????????????????????	**22.00h**
25.12., Freitag	The X-Mas SHOWDOWN-Soundclash-Level Vibes-vs-Hammerheartsoundsystem Reggae, Ragga, Dancehall	**23.00h**
26.12., Samstag	2 Jahre Klub der Kulturell Verunsicherten Gesprächskreis für posttraumatisierte Christenkinder mit DJ Marc Schneider, SOS-DJ-Team und Residents	**22.00h**
28.12., Montag	HC-Konzert mit Last Match aus Schweden	
31.12., Donnerstag	A plate of coloured gum! Three floors - different styles!	**22.00h**

